



Ostwestfalen-Lippe

Angst vor dem Lärm von 130.000 Zügen

Bürger und OWL-Politiker gegen Pläne zum Ausbau einer Bahntrasse durch das Weserbergland

VON MATTHIAS BUNGEROTH

Bad Oeynhausen. Der erste Blick auf die Südbahntrasse in Bad Oeynhausen gleicht einer Idylle. Gleich hinter dem Kurpark führt die Strecke entlang, die heute in erster Linie von Regionalzügen befahren wird. Doch Pläne der Bundespolitik bringen Bürger und OWL-Politiker auf die Palme. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass durch das romantische Gebiet von Bad Oeynhausen ein großer Anteil von jährlich rund 130.000 Zügen rollt.

Denn dieses Volumen ist heute auf der Hauptstrecke aus Richtung Hamm nach Berlin und weiter Richtung Polen unterwegs. Die Folge aus Sicht der Menschen in Löhne, Bad Oeynhausen und Vlotho: Die Lebensqualität wird vor allem durch die Güterzüge entlang der Trasse deutlich abnehmen. Denn diese Züge sind es in erster Linie, die einen immensen Lärm verursachen.

Käme es zu einem Ausbau der Südtrasse, die dann verstärkt von Güterzügen genutzt würde, "wäre das eine Katastrophe für die Region", wie der SPD-Landtagsabgeordnete Christian Dahm feststellt.

Dahm wird noch deutlicher: "Der Kurort-Status für Bad Oeynhausen wäre deutlich gefährdet." Immerhin gehen die Regionalpolitiker in Ostwestfalen-Lippe davon aus, dass künftig rund 100 Güterzüge pro Tag dicht am Kurpark Bad Oeynhausen vorbeigeschleust werden müssten, wenn die Ausbaupläne für die Südtrasse Realität würden.

Auch viele weitere Bürgermeister der Region, darunter die aus Porta Westfalica oder Rinteln, wenden sich gegen das Vorhaben. Bernd Hedtmann (SPD), Stadtoberhaupt von Porta Westfalica, weist darauf hin, dass der Ausbau der Südtrasse einer Zerschneidung der Landschaft im Naturpark Weserbergland gleichkäme. Das gehe nicht an, denn: "Wir sind eine Touristenhochburg."

Thomas Priemer (SPD), Bürgermeister der Stadt Rinteln, machte am Abend deutlich, dass der Widerstand gegen die Südtrassenplanung auch auf niedersächsischer Seite groß ist. "Im Weserbergland ist der Teufel los", umschrieb er die Stimmung in der Bürgerschaft. Alleine in Rinteln seien 20.000 Unterschriften gesammelt worden, "um gegen diese leidige Diskussion vorzugehen".

Lothar Ibrügger (SPD), langjähriger Bundestagsabgeordneter, Staatssekretär und Verkehrsexperte, unterstrich, dass die Entscheidung für den Ausbau einer Nordtrasse mit Lärmschutz politisch längst gefallen sei: "Das Parlament hat in der Sache entschieden." Es könne nicht angehen, dass nun immer wieder neue Planungsvarianten ins Spiel gebracht würden. "Wir wollen den Vollzug des gültigen Gesetzes", unterstreicht Ibrügger.

Es gehe bei den anstehenden Infrastruktur-Baumaßnahmen auch um Milliardenbeträge, so Ibrügger weiter. "Die EU hat den Nordkorridor als ihre Haupttrasse definiert." Das betreffe die Ost-West-Achse zwischen dem Hafen in Rotterdam sowie der polnischen Grenze. Es fehle lediglich der weitere Ausbau eines 43 Kilometer langen Abschnittes zwischen Minden und Haste, um auf dieser Trasse den entkoppelten Verkehr von Personen- und Güterzügen möglich zu machen, betonte Ibrügger. Es gehe auf der Strecke um ein geschätztes Verkehrsvolumen von 40.000 Güterzügen im Jahr. Bis 2030 wolle die Bahn 12 Milliarden Euro in die Infrastruktur investieren, erläuterte Ibrügger. Davon sollen alleine 80 Prozent in überregionale Projekte fließen. "Ich möchte gerne, dass davon so viel wie möglich in der Region ankommt." Man sei sich in dieser Frage parteiübergreifend einig, betonte der SPD-Politiker. Das soll am 26. Juni auf einer Regionalkonferenz in Lügde erneut deutlich werden.

